



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/138 - 21. Juni 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0896890

Hinweise
auf den Inhalt:

Fortschritte in London	S. 1
Finnlands Stellung in Europa	S. 3
Tipp aus Bonn - von den Franzosen nicht gefordert	S. 6
Zwei polnische Staatsbesuche in Pankow	S. 7

Und Bonn ?

Der, Selbst für den politisch Geschulten ist es nicht leicht, sich in dem Wirrwarr zurechtzufinden, das die Londoner Abrüstungsgespräche magist und die einzelnen Phasen und Vorschläge und Gegenanschläge immer klar zu erkennen. Die westlichen Verhandlungspartner sind in ihrer Verhandlungsführung dadurch stark behindert, dass sie aufeinander Rücksicht zu nehmen haben, die Beantwortung sowjetischer Vorschläge erfordert untereinander schwierige und zeitraubende Konsultationen, in denen nationale Eifersüchteleien und Prestigefragen oft eine nicht gerade glückliche Rolle spielen.

Die Sowjetrussen haben es in dieser Richtung viel bequemer, sie brauchen, da sie im Ostblock die einzige Atommacht sind, nicht mit dem Einspruch oder dem Widerwillen anderer Mitgliedsstaaten des Warschauer Blocks zu rechnen. Für den amerikanischen Chefdelegierten kommt noch als erschwerender Zustand hinzu, dass auch in den USA noch mächtige Einflüsse wirksam sind, die jedem Abkommen mit der Sowjetunion misstrauen und, wie Admiral Radford, den Frieden nur noch durch eine gesteigerte Aufrüstung gesichert sehen. Stassen besitzt in Eisenhower allerdings seinen stärksten und ausschlaggebendsten Verbündeten; Eisenhower kann in die Geschichte als Friedenspräsident nur eingehen, wenn er seine ganze Energie für die Verwirklichung von Teilabkommen mit der Sowjetunion als den ersten Schritt zu einer umfassenden Regelung einsetzt. Hinter ihm steht eine starke öffentliche Meinung in den USA. Sie verlangt eine elastischere Verhandlungsführung, die sich nicht mehr an starre und überlebten Formeln klammert.

Die Londoner Gespräche sind durch wichtige Ereignisse gekennzeichnet. Zunächst durch ihre neue Tonart: Die Masse der kleinen und mittleren Mächte, beunruhigt durch die Auswirkungen der experimentiellen Explosionen und der fortschreitenden Aufrüstungswettrennen in Kernwaffen, schließt sich nicht wie ehemals den Grossmächten an, um eine neue Lösung, die in erster Linie diese betrifft, zu finden, sondern zeigt sehr entschlossen den Willen, der wahrscheinlichen Aufrüstungspolitik ein Ende zu setzen. Das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West kann heute kaum erschüttert werden, jeder "Grosse" Krieg würde Sieger und

21. Juni 1957

Besiegt gleichmässig in unbeschreibliche Katastrophen hineinführen. Ausserdem ist die Aufrüstung im Zeitalter der Raketen, der Elektrotechnik und des gespaltenen Atoms auch für die reichsten und mächtigsten Staaten eine zu schwere Bürde. Kein Wunder, dass sich unter diesen Umständen auch bei den Russen ein kühler Realismus durchsetzen konnte, dass man mit ihnen nun über probeweisen Rüstungsstopp, gegenseitige Rüstungskontrolle und eine Truppenverminderung in wichtigen Schlüsselregionen reden kann.

In diesem Zusammenhang kommt dem Scrin-Vorschlag gewisse grosse Bedeutung zu, sieht er doch die Einstellung der Atomkernversuche für zwei oder drei Jahre vor und kommt dem westlichen Wunsch nach Kontrolle insoweit entgegen, als er die Errichtung von Kontrollposten in den USA, in der Sowjetunion und im Pazifik beinhaltet, allerdings nur um die Einstellung der Atomversuche zu überwachen. Die Russen haben sich überzeugt, dass jede Einigung mit den USA von der Bereitschaft Moskaus abhängt, im Rahmen eines allgemeinen oder Teilabkommens, Teile ihrer Gebiete aus der Luft inspizieren zu lassen; die Vereinigten Staaten wiederum öffneten den Weg zu einer Einigung, indem sie sich bereit erklärten, wenigstens über eine erste Abrüstungsphase zu verhandeln, ohne auf einen Gesamtüberflug über die Sowjetunion zu bestehen.

Das sind gewisse bedeutsame Ansatzpunkte für ein Gespräch, das sich langsam an die vielschichtig gelagerten Kernfragen heranastet. Man verzichtete auf eine sofortige umfassende, auch alle bestehenden politischen Probleme mit einbeziehende Regelung und beschränkt sich auf das Mögliche und Durchführbare. Legen die Russen Wert auf die sofortige Einstellung aller Versuchsexplosionen - die Frage der weiteren Verwendung spaltbaren Materials für kriegerische Zwecke bleibt allerdings offen - so geben die USA durch ihren neuen Stassenplan erstmalig zu erkennen, dass sie auch bereit sind, ihre Truppenstärke in einer ersten Phase auf zweieinhalb Millionen Mann herabzusetzen, wenn die Sowjetunion das gleiche tut. Genannt wurde eine beiderseitige Truppenstärke von je 2,5 Millionen Mann. Die Sowjetunion bestand bisher auf einer Truppenstärke von je 1,5 Millionen Mann, was die Amerikaner zu akzeptieren willens sind, wenn zwischen der ersten und zweiten Phase beide Seiten generell vereinbaren, auch wichtige politische Probleme zu lösen.

Dieser Vorbehalt bezieht sich wohl in erster Linie auf die deutsche Frage. Chruschtschow hatte in seinem Fernsehinterview angedeutet, die Sowjetunion würde ihre Truppen aus Ostdeutschland, Polen, Ungarn und Rumänien zurückziehen, wenn die Vereinigten Staaten ihrerseits ihre Truppen aus Kontinental-Europa abzögen. Offensichtlich fehlt dem Westen der Mut, die russischen Vorschläge hier beim Wort zu nehmen und er wird darin von Bonn gestärkt, dem die Aussicht eines USA-Truppenabzuges allein schon Schrecken einjagt. Chruschtschow konnte diesen Vorschlag machen, weil er wusste, dass er für Bonn und die Westmächte, die im Wahljahr Adenauer keine Schwierigkeiten bereiten wollen, im hohen Masse unbequem ist. So erweist sich Bonn nicht nur durch seinen Nichtverzicht auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, sondern auch durch sein Fehlen jeder konstruktiven Initiative als ein hervorragender Faktor. - Diese ist even von einer Regierung nicht zu erwarten, für die Entspannung, Rüstungskontrolle und Inspektionszonen, besonders wenn diese Mitteleuropa umfassen sollen, recht unbequeme Begriffe sind, mit denen es nichts anzufangen weiss.

Vor der Deutschen Gesellschaft für Aussenpolitik hielt dieser Tage der frühere langjährige finnische Innen- und Sozialminister Waeino Leskinen einen Vortrag über die finnische Politik. Der finnische Gast hatte die Freundlichkeit, einige Fragen unseres AE-Redaktionsmitgliedes zu beantworten.

Finnlands Stellung in Europa

Frage: Welches positive Ergebnis hatte der russische Staatsbesuch für Finnland?

Antwort: Was wir in den letzten Jahren als selbstverständlich gehalten haben, hat dieser Besuch erneut bestätigt. Die sowjetischen Staatsmänner konnten sich selbst an Ort und Stelle praktisch überzeugen, dass das ganze finnische Volk in Frieden und Freundschaft mit seinen russischen Nachbarn zu leben wünscht. Die Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion sind durch gegenseitige Offenheit gekennzeichnet. Auf diplomatische Feinessen wird verzichtet. Finnland kennt keine Schaukelpolitik, es spielt mit offenen Karten und führt gut dabei. Der Besuch der sowjetischen Staatsmänner hat das gute Verhältnis zwischen beiden Ländern noch weiter vertieft, er ist durchaus positiv zu werten.

Wir glauben, dass auch das russische Volk eine solche Politik billigt und daran interessiert ist, mit uns in guter Nachbarschaft zu leben.

Frage: Ist Finnland gebeten worden, auf die skandinavischen Staaten im Sinne einer Nichtbeteiligung mit nuklearen Waffen einzuwirken?

Antwort: Meine Antwort ist Nein. Zwar bin ich kein Aussenpolitiker, aber sicherlich hätte ich davon gehört.

Frage: Welche Stellung nimmt Finnland in Nordischen Rat ein? Gibt es Differenzen, und auf welchem Gebiet?

Antwort: Finnland ist gleichberechtigter Teilnehmer im Nordischen Rat. Wir sind später dazugekommen und haben noch einige Schwierigkeiten zu überwinden, die allein schon sprachlich bedingt sind. Es dauert natürlich ein gewisse Zeit, um das Gewicht und die Stellung Finnlands in der nordischen Gemeinschaft entsprechend zur Geltung zu bringen. Ein Beweis dafür, dass unsere Mitarbeit von den übrigen skandinavischen Ländern gesucht und geschätzt wird, ist die Tatsache, dass die zweite Sitzung des Nordischen Rates in unserer Landeshauptstadt Helsinki stattgefunden hat. Natürlich gibt es einige Schwierigkeiten in den Beziehungen, die durch die verschiedenen wirtschaftlichen Strukturen der Länder bedingt

21. Juni 1957

sind. Unsere Wirtschaft ist vornehmlich auf die Verarbeitung von Holz ausgerichtet. Der Wille zur Zusammenarbeit wird durch diese ökonomischen Verschiedenheiten nicht beeinträchtigt. Wir halten an ihr fest und werden sie noch vertiefen, weil sie dem Wohle aller Beteiligten dient. Wir haben auch den Wunsch, im gleichen Sinne mit anderen europäischen Völkern auf den verschiedensten Gebieten zusammenzuarbeiten.

Frage: Wie beurteilt man in Finnland die in London geführten Abrüstungsgespräche? Ist nach Ihrer Meinung die Sowjetunion ernsthaft an Entspannung und Abrüstung interessiert?

Antwort: Die Frage verlangt mehr als ich weiss. Wissen Sie, das ist nicht so einfach. Ich will darüber keine persönlichen Betrachtungen anstellen. Wir hoffen mit allen anderen Völkern, dass den Londoner Abrüstungsgesprächen ein Erfolg beschieden sein möge. Im Atomzeitalter sollte jede Nation daran interessiert sein, durch Entspannung und Abrüstung mögliche Kriegsgefahren, die für uns alle verderblich sind, zu beseitigen.

Frage: Welche Erfahrungen hat Finnland im Handel mit der Sowjetunion gemacht?

Antwort: Wir haben gute Erfahrungen gemacht. Nach dem Kriege mussten wir z.B. unsere Metallindustrie verdoppeln, um den fälligen Reparationsverpflichtungen an die Sowjetunion gerecht zu werden. Diese vergrösserte Metallindustrie kann gegenwärtig mit ihren Erzeugnissen auf den Märkten der westlichen Welt nicht als erfolgreicher Konkurrent in Erscheinung treten. Ihre Produkte, an deren Herstellung direkt und indirekt über hunderttausend Menschen beteiligt sind, gehen auch nach Beendigung der Reparationsleistungen zum allergrössten Teil in die Sowjetunion. Sie werden nach Weltmarktpreisen bezahlt. Früher ergaben sich grosse Zahlungsschwierigkeiten, die nun hoffentlich vorüber sind. Der Anteil des Ostblocks an der gesamten finnischen Ausfuhr beträgt 26 Prozent, 74 Prozent entfallen auf die übrige Welt. Eine Beibehaltung und Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland liegt deshalb im gegenseitigen Interesse, sie haben zu dem guten Verhältnis beigetragen, das zwischen Helsinki und Moskau besteht.

Frage: Wie denken Sie über die Möglichkeiten eines europäischen Sicherheitspaktes unter Einbeziehung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten?

Antwort: Ich persönlich halte einen europäischen Sicherheitspakt für

21. Juni 1957

eine gute Sache unter Einbeziehung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Er würde natürlich die bestehende Unruhe von allen europäischen Völkern nehmen und ihnen das Gefühl der Sicherheit geben. Ein solcher Fakt müsste selbstverständlich den Rahmen der UEO angepasst sein. Er müsste auch, um effektiv zu sein, ein wiedervereinigtes Deutschland mit gleichen Pflichten und Rechten einbeziehen.

* * *

Kostenlose Ostreise soll ehemalige SBZ-Häftlinge ködern.

D.R. In letzter Zeit versuchen unbekannte Personen, ehemalige politische Häftlinge aus der Bundesrepublik für eine Delegationsreise in die Ostzone anzuwerben. Unter fadenscheinigen Vorwänden machen sich diese Vermittlerpersonen besonders an jene ehemaligen SBZ-Häftlinge heran, deren Angehörige sich noch in der Zone befinden. Die vorgeschlagene Besuchsreise soll auch zu den Verwandten der Häftlinge in der Zone führen und ihnen kostenlose Fahrt sowie kontrollfreien Übergang an der Zonengrenze ermöglichen. Dabei werden die vielseitigen Möglichkeiten einer gesicherten Existenz in der Ostzone herausgestellt.

Diese Angebote geben zu der Vermutung Anlass, dass der ostzonale Geheimdienst die Trennung der nach ihrer Haftentlassung aus der Ostzone geflüchteten ehemaligen Gefangenen von ihren Angehörigen zu konspirativen Verbindungen ausnutzen will und eine Verpflichtung zur illegalen Zusammenarbeit mit dem SSD anstrebt. Zweifellos lassen sich Vermittlerpersonen und ihre Auftraggeber nicht von dem Gedanken der Menschenliebe leiten. Sie versuchen auf diese Art nach dem Verbot der kommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik auf privatem Wege neue Verbindungen für ihre Spitzeltätigkeit zu knüpfen. In den bisher bekannt gewordenen Fällen haben die ehemaligen Häftlinge das an sie gestellte Ansinnen abgelehnt.

In diesem Zusammenhang steht auch die Ablehnung von Reisen schulpflichtiger Jugendlichen zu ihren Vätern in die Bundesrepublik, die aus politischen Gründen die Zone verlassen haben. Sie würden nur unnötig den "schädlichen politischen Einflüssen des westdeutschen Regimes ausgesetzt werden und dadurch die Liebe zu ihrem Arbeiter- und Bauernstaat verlieren", heisst es in der Begründung...

* * *

Peinliche Abfuhr

sp- Für Zehntausende waren kürzlich in der Grosshalle von Hamburger Planten und Blumen die Tische reichlich mit Kaffee, Kuchen und Süssigkeiten gedeckt, Zehntausende wurden zu der CDU-Veranstaltung erwartet, aber nur einige hundert waren gekommen. Der Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung, Lübke, fand in den Hamburger Hausfrauen nicht das gewünschte Massenpublikum. Zugegeben, für einen Minister der Bundesregierung ist es nicht leicht, sich als Zugkraft zu erweisen, wenn er ausgerechnet vor Hausfrauen das leidige Thema der Preise wählt - denn da wissen die Frauen besser Bescheid als ein Bundesminister, Lübke versuchte, den Hamburger Frauen klarzumachen, die Preise seien in grossen und ganzen seit 1951 bemerkenswert stabil geblieben und die Bundesregierung nehme ihre Überwachungspflicht des Marktes sehr ernst. Von solchen ministeriellen Behauptungen, die so krass im Widerspruch mit der Erfahrung aller Konsumenten stehen, kann allerdings keine zündende Werbekraft ausgehen, sie sind, schlicht gesagt, eine Spekulation auf die Dummheit. Jede Hausfrau kann hier Minister Lübke eines Besseren belehren.

Bei den letzten Bundestagswahlen stellten die weiblichen Wähler das Hauptkontingent für die CDU, ihnen verdankte die CDU ihren einmaligen Sieg vom 6. September. Diesmal hat die CDU alle Ursache, die Entscheidung der Frauen am 15. September zu fürchten. Und dies nicht nur wegen ihrer die Sicherheit unseres Volkes gefährdenden Atombombenpolitik. Die von Lübke und den Propagandisten der Regierungspartei verschwiegenen oder verminderten Preissteigerungen auf fast allen Gebieten spüren gerade die Frauen am fühlbarsten. Ministerielle Ratschläge, eben nur dort einzukaufen, wo es billiger ist, müssen vor dem Hintergrund des allgemeinen Preisanstieges als eine Verhöhnung weiblicher Wähler wirken, denn gerade die Politik des Ministers für Landwirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, dass das wirksamste Mittel gegen den Preisanstieg, die Erhöhung der Einfuhren, nicht angewendet wird. Die Masse der deutschen Konsumenten muss mit teurem Geld die den Interessen des Grosskapitals und des Grossbesitzes dienende Politik der Bundesregierung bezahlen. Für die Parteikassen der CDU mag dies zwar recht lohnend sein, - die grossen Profiteure des neu-deutschen Wirtschaftswunders wissen schon, was sie tun, wenn sie steuerfreie Millionenspenden dieser Partei zukommen lassen - aber mit einer solchen Politik kann man wohl nicht mehr kritisch gewordene Wähler wieder ins CDU-Fahrwasser bringen. Die Hamburger Pleite des Bundesministers Lübke scheint dafür symptomatisch zu sein.

* * *

Gomulka gehorcht der Not

K.J. Der polnische Staatsbesuch in Pankow ist zu Ende. Zum ersten Male haben sich die Vertreter sehr verschiedener Auffassungen über den "richtigen" Weg zum Sozialismus, Ulbricht und Gomulka, gegenübergestellt. Sind die Feinde von gestern die Freunde von heute und morgen? Nicht spricht dafür, und die freundlichen Sätze des Abschlusskommuniqués täuschen über die tiefgreifender Gegensätze zwischen den Pankower Stalinisten und den Warschauer Nationalkommunisten nicht hinweg.

Man soll in den Text der Gemeinsamen Erklärung nichts hineingeheimnissen, was nicht drinsteht: er enthält weitgehend dieselben Freundschafts- und Solidaritätsbekundungen, die längst zur Schablone in Verkehr zwischen den Ostblockländern geworden sind. Pankow und Warschau kündigen einen Konsularvertrag an, ein Abkommen in der Sozialpolitik, Zollvereinbarungen, und auf den verschiedensten sonstigen Gebieten will man sich "besser kennenlernen". Auf dem Abschiedsempfang für die polnischen Gäste begrüßte Ulbricht energisch, dass sich Meinungsverschiedenheiten gezeigt hätten und Grotewohl betonte mit Nachdruck die Übereinstimmung in allen Fragen. Der Toast Gomulkas und Cyrankiewicz' war reservierter: man habe Meinungen über alle Fragen ausgetauscht und sich in vieler verständigt.

Aufschlussreicher als alle glatten Worte des Kommuniqués sind andere Umstände, deren Summe ein klareres Bild gibt. So hat Gomulka angeklagt, dass ihm die Pankower Gespräche nicht den Weg zur Bundesrepublik versperren dürfen. Er wünsche gute Beziehungen zum ganzen deutschen Volk, und im Übrigen freue er sich, dass es auch in der Bundesrepublik Kräfte gäbe, die ein besseres Verhältnis zu Polen wollten. Gomulka tat Ulbricht nicht den Gefallen, in den Chor seiner wüsten Hetze gegen Westdeutschland einzufallen. Auch der Besuch Gomulkas im "volkseigenen" Schwermaschinenbau in Lauchhammer ist nicht so verlaufen, wie sich das die Leute in Pankow gewünscht hätten: der ehrliche, herzliche Begrüßungsjubel der Arbeiter galt allzu offensichtlich nicht dem "neuen Freund" Ulbrichts, sondern dem mutigen Rebellen gegen die stalinistische Gewalt. Neben den höflichen Worten für die "Errungenschaften der DDR" stand die Feststellung, dass es verschiedene Wege zum Sozialismus gäbe und jedes Land nach seinen nationalen Besonderheiten handeln müsse. So steht's zwar auch beiläufig im Kommuniqué, die Arbeiter von Lauchhammer

21. Juni 1957

aber wussten sehr wohl, was damit gemeint war: die Distanzierung zum Pankower "Weg" war unüberhörbar. Angesichts der Einheitswahlen am kommenden Sonntag erinnerte man sich zu deutlich der Warschauer Zugeständnisse an die Forderung des polnischen Volkes nach einer liberalen Politik. Und vergessen sind nicht die Polemiken der SED gegen den "Irrweg des Nationalkommunismus", gegen die Auflösung der meisten polnischen Kolchosen, gegen die polnischen Journalisten, die frei nach Marx festgestellt hatten, dass das "Gespenst des menschlichen Sozialismus in Europa umgeht".

Pankow wollte mit dem Gomułka-Besuch seiner Propagandafassade für die kommenden Einheitswahlen letzten Glanz geben. Das Ergebnis ist zwiespältig. Der Besuch Gomułkas hat den "Oktoberfrühling" Polens noch einmal deutlich ins Bewusstsein gerufen und die Unterdrückten in der Zone gewünscht sich wenigstens einen ähnlich reformierten Kommunismus - wenn es schon vorerst keine echte Freiheit im demokratischen Sinne geben kann. Andererseits erkennt man erschrockt die Grenzen der polnischen Selbständigkeit im kommunistischen Lager. Ulbricht ist es in vieler Beziehung gelungen, Gomułka in das eigene Horn blasen zu lassen.

Gomułka kann den harten Tatsachen des politischen Tages nicht entkommen. Wenn er sich jetzt nach aussen hin mit den Stalinisten Ulbricht verbrüdern musste, so hat das keinen Ewigkeitswert und stellt nur eine Phase in der Entwicklung dar. Ob diese Entwicklung den Hoffnungen aller Freiheitliebenden entsprechen wird, hängt weitgehend vom Verhalten des Westens Polen gegenüber ab. Gomułka wird es umso schwerer fallen, sich aus der Ulbrichtischen Umarmung zu lösen, solange nicht die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Warschau aufnimmt. Die Furcht vor einem möglichen westdeutschen Revanchismus und einer gewaltsamen Korrektur der Oder-Neiße-Grenze ist nicht geheuchelt.

* * *

Verantwortlich: i. V. Albert Exler